

**URGENT ACTION**

# **DROHENDE ABSCHIEBUNG NACH CHINA**

## **VEREINIGTE ARABISCHE EMIRATE**

UA-Nr: **UA-178/2018** AI-Index: **MDE 25/9187/2018** Datum: **5. Oktober 2018** – ar

Herr **ABUDUJILILI SUPI**

**In Dubai in den Vereinigten Arabischen Emiraten ist der Muezzin (Gebetsrufer) Abudujilili Supi von Polizeikräften festgenommen worden. Abudujilili Supi ist Uigure und läuft nun Gefahr, nach China abgeschoben zu werden, wo Uigur\_innen und andere vornehmlich muslimische ethnische Minderheiten regelmäßig willkürlich inhaftiert werden.**

Am 20. September wurde Abudujilili Supi laut Angaben seiner Familienangehörigen von emiratischen Sicherheitskräften in Zivil abgeführt, nachdem er das Nachmittagsgebet in der Abdullah-bin-Rawahah-Moschee in Dubai beendet hatte. Seiner Familie zufolge traten die Sicherheitskräfte an ihn heran, als er die Moschee verließ, um den kurzen Nachhauseweg anzutreten. Abudujilili Supi wurde daraufhin in einem Zivilfahrzeug ohne Kennzeichen mitgenommen. Die Sicherheitskräfte weigerten sich, seiner Frau Auskunft darüber zu geben, weshalb er festgenommen wurde und wo man ihn hinbringe.

Als seine Frau versuchte, Abudujilili Supi anzurufen, war sein Mobiltelefon ausgeschaltet. Drei Tage lang erhielt seine Familie keinerlei Informationen über seinen Verbleib. Am 24. September durfte Abudujilili Supi kurz telefonisch mit seiner Frau sprechen. Er sagte ihr, dass er inhaftiert worden sei und befürchte, nach China abgeschoben zu werden. Amnesty International liegen derzeit keine Informationen zum genauen Aufenthaltsort von Abudujilili Supi vor.

Die Familienangehörigen von Abudujilili Supi drückten gegenüber Amnesty International ihre Sorge darüber aus, dass er nach China zurückgeschickt werden könnte, wo Uigur\_innen und Kasach\_innen sowie Angehörige anderer vornehmlich muslimischer ethnischer Minderheiten Gefahr laufen, in politische „Umerziehungslager“ in der Autonomen Region Xinjiang in Nordwestchina geschickt zu werden. Laut Angaben ehemaliger Insassen und deren Verwandten werden Personen, die in solchen Lagern inhaftiert sind, gezwungen, sich in Unterrichtsstunden politischer Indoktrinierung zu unterziehen, politische Lieder zu singen und regierungsfreundliche Parolen zu skandieren. Wer die Regeln nicht befolgt, wird gefoltert oder anderweitig misshandelt.

Abudujilili Supi wanderte 2012 aus China nach Ägypten aus und studierte Islamwissenschaft an der Kairoer Azhar-Universität. Im Jahr 2017 ging er in die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), um Englisch zu lernen. Im März 2018 wurde Abudujilili Supi dank seiner eindrucksvollen Stimme von den religiösen Behörden der VAE als Muezzin eingestellt. Er erhielt außerdem eine Aufenthaltserlaubnis. Laut Angaben seiner Familie war er in mehreren Moscheen in Dubai tätig und es habe nie Probleme gegeben.

### **HINTERGRUNDINFORMATIONEN**

Bei einer Abschiebung nach China ist Abudujilili Supi in Gefahr, willkürlich festgenommen und in einer der sogenannten „Einrichtungen zur Umerziehung“ inhaftiert zu werden.

Seit 2017 sind in der Autonomen Region Xinjiang zahlreiche solcher Haftzentren eingerichtet worden. Diese haben verschiedenste Namen wie „Antiextremismuszentren“, „Zentren für politische Studien“ oder „Umerziehungszentren“. Menschen werden dort für nicht näher benannte Zeiträume willkürlich inhaftiert und

**AMNESTY INTERNATIONAL** Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.  
Urgent Actions

Zinnowitzer Straße 8 . 10115 Berlin

T: +49 30 420248-0 . F: +49 30 420248-321 . E: ua-de@amnesty.de . W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO 80 90 100 . Bank für Sozialwirtschaft . BLZ 370 205 00

BIC: BFSWDE33XXX . IBAN: DE23370205000008090100

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



zu chinesischen Rechts- und Politikstudien gezwungen. In diesen Hafteinrichtungen finden sich häufig bekannte Religionsausübende, Personen mit „ausländischen Kontakten“ und Menschen, die entweder selbst oder deren Verwandte im Zuge des Vorgehens zur Aufrechterhaltung der „sozialen Stabilität“ ins Visier der Behörden geraten sind.

Medienberichte und weitere von Amnesty International erhaltene Informationen legen nahe, dass Personen in der Autonomen Region Xinjiang die willkürliche Inhaftierung droht, wenn sie mit im Ausland lebenden Verwandten kommunizieren. Die chinesischen Behörden haben in der Vergangenheit Personen inhaftiert, die Telefonanrufe aus dem Ausland erhielten. Die Behörden versuchen zudem sicherzustellen, dass niemand verschlüsselte Messaging-Apps verwendet, und zwingen die Bevölkerung stattdessen, inländische Apps zu verwenden, die keinerlei Verschlüsselung und Schutz der Privatsphäre aufweisen. Weitere Informationen finden Sie in dem englischsprachigen Amnesty-Bericht *China: 'Where are they?' Time for Answers about Mass Detentions in the Xinjiang Uighur Autonomous Region*, online unter: <https://www.amnesty.org/en/documents/asa17/9113/2018/en/>.

#### **SCHREIBEN SIE BITTE**

##### **E-MAILS, FAXE, TWITTER-NACHRICHTEN ODER LUFTPOSTBRIEFE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN**

- Bitte veröffentlichen Sie umgehend Informationen über das Schicksal und den Verbleib von Abudujilili Supi und sorgen Sie dafür, dass seine Familie und ein Rechtsbeistand seiner Wahl Zugang zu ihm haben und stets über seinen Aufenthaltsort informiert sind.
- Lassen Sie Abudujilili Supi bitte umgehend frei, sofern er nicht einer international als Straftat anerkannten Handlung angeklagt wird.
- Bitte schieben Sie ihn weder nach China noch in ein anderes Land ab, in dem ihm Verfolgung, Folter oder andere schwere Menschenrechtsverletzungen drohen würden.

##### **APPELLE AN INNENMINISTER**

Lt. Sheikh Saif bin Zayed Al Nahyan  
Zayed Sport City, Arab Gulf Street  
Near to Shaikh Zayed Mosque  
P.O. Box: 398, Abu Dhabi  
VEREINIGTE ARABISCHE EMIRATE  
(Anrede: Your Highness / Eure Hoheit)  
**Fax: (00 971) 2 402 2762**  
**(00 971) 2 441 5780**

##### **AUSSENMINISTER**

Sheikh Abdullah bin Zayed Al Nahyan  
Ministry of Foreign Affairs & International  
Cooperation  
King Abdullah bin Abdul Aziz Al Saud Street  
Al Bateen, Abu Dhabi  
VEREINIGTE ARABISCHE EMIRATE  
(Anrede: Your Highness / Eure Hoheit)  
**E-Mail: online: <https://bit.ly/2lmbTw1>**

##### **KOPIEN AN KRONPRINZ VON ABU DHABI**

HH Sheikh Mohamed bin Zayed Al Nahyan  
Crown Prince Court  
King Abdullah Bin Abdulaziz  
Al Saud Street  
P.O. Box: 124  
Abu Dhabi  
VEREINIGTE ARABISCHE EMIRATE  
**Fax: (00 971) 2 668 6622**  
**Twitter: @MohamedBinZayed**

##### **BOTSCHAFT DER VEREINIGTEN ARABISCHEN EMIRATE**

S. E. Herrn  
Ali Abdulla Mohamed Saeed Alahmed  
Hiroshimastraße 18-20  
10785 Berlin  
**Fax: 030-5165 1900**  
**E-Mail: [BerlinEmb.Amo@mofaic.gov.ae](mailto:BerlinEmb.Amo@mofaic.gov.ae)**

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle **möglichst sofort**. Schreiben Sie in gutem Arabisch, Englisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem **16. November 2018** keine Appelle mehr zu verschicken.

##### **PLEASE WRITE IMMEDIATELY**

- Immediately disclose the fate and whereabouts of Abudujilili Supi and ensure that his family and lawyer of his choice have access to him and are informed of his location at all times.
- Release Abudujilili Supi unless he is charged with a recognizable criminal offence.
- Not return him to China or another country where he would be at risk of persecution, torture or other serious human rights violations or abuses.

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**



#### **HINTERGRUNDINFORMATIONEN - FORTSETZUNG**

Uigur\_innen und andere vornehmlich muslimische ethnische Minderheiten in der Autonomen Region Xinjiang werden seit Langem in ihren Rechten auf Religions- und Vereinigungsfreiheit sowie in anderen Menschenrechten eingeschränkt. In den vergangenen Jahren sind diese Gruppen vermehrt und großflächiger ins Visier geraten. Zu den dabei eingesetzten Maßnahmen gehören weitverbreitete willkürliche Inhaftierungen, technologische Überwachung, schwer bewaffnete Polizeipatrouillen auf den Straßen, striktere Sicherheitskontrollpunkte sowie eine ganze Reihe anderer Regelungen, die gegen die Menschenrechte verstoßen.

Laut Amnesty International vorliegenden Informationen sowie zahlreichen internationalen Medienberichten zufolge begannen die Behörden im Frühling 2017, eine große Anzahl Uigur\_innen festzunehmen. Diese wurden entweder in Verwaltungshafteinrichtungen verbracht oder zu langen Haftstrafen verurteilt. Unter diesem scharfen Vorgehen litten nicht nur Uigur\_innen, sondern auch Angehörige anderer vornehmlich muslimischer ethnischer Gruppen wie z. B. Kasach\_innen und Kirgis\_innen.

